

tribune

Das Magazin für Wirtschaft und Recht

Zur Wirtschaft Sorge tragen

Von Kurt Tschan

Wenn es um Innovation geht, ist die Schweiz Weltklasse. Im Ländervergleich erhält sie Jahr für Jahr Bestnoten. Wer Neues einführt und dadurch Effizienz schafft, macht vieles richtig. Für das laufende Jahr zeichnet sich trotzdem ein unterdurchschnittliches Wachstum ab. Eine schwache globale Wirtschaft und das Ausbleiben starker Impulse aus Asien trüben die Aussichten. Hinzu kommen die USA-Zölle, die sich negativ auf die Exportaussichten auswirken. So räumt etwa der CEO von Basel Area Business & Innovation, Christof Klöpfer ein, dass es im derzeitigen Umfeld schwieriger geworden ist, jemanden davon zu überzeugen, in der Schweiz zu investieren.

In dieser herausfordernden Zeit darf die Politik die Wirtschaft nicht zusätzlich belasten. Das Beispiel der links-grünen Mehrheit in der grossrätlichen Bau- und Raumplanungskommission (BRK), die Einwände gegen die bauliche Entwicklung des Pharma-Konzerns Roche für die nächsten Jahrzehnte vorgebracht hat, zeigt, wie wenig es braucht, um Schaden anzurichten. Glücklicherweise hat der Grosse Rat anders entschieden.

Ebenfalls aus dem linken Lager stammt eine Erbschaftssteuer-Initiative, die bei Annahme mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz treffen würde. Auch hier werden auf politischer Ebene Signale gesendet, die dem Wirtschaftsstandort schaden.

Die Politik hat es in der Hand, in einem schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Umfeld die richtigen Weichen zu stellen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Senkung der Standortkosten. Den Interessen der Wirtschaft Rechnung zu tragen, bedeutet gerade in der aktuellen Situation die Sicherung unseres Wohlstands. Störmanöver führen dagegen unweigerlich zu schmerzhaften Verlusten.

2

Luca Urgese von der Handelskammer beider Basel hat untersucht, wie attraktiv die Region Basel als Standort für Unternehmen ist.

4

«Unsere Standortförderung agiert nicht wie auf dem Basar.»

Dr. Christof Klöpfer, CEO von Basel Area Business & Innovation über Steueranreize.

6

Mit speziellen Rezepten werben der Bonbon-Hersteller Ricola aus dem Laufental und das Basler Pharmaunternehmen Sandoz um Fachkräfte.

7

Die Steuerrechtsexperten Andrea Opel und Stefan Oesterhelt haben untersucht, ob wegen der Juso-«Erbschaftssteuer» Handlungsbedarf besteht.

Wer zahlt die Löhne der Staatsangestellten?

Wirtschaftspolitische Anliegen haben es an der Urne zunehmend schwer. Um Vertrauen und politische Mehrheiten zu gewinnen, braucht es neben Engagement und Leidenschaft eine solide Faktenbasis. Die Themenkampagne Finanzfakten der Handelskammer beider Basel liefert fundiert recherchierte Argumente zur Finanz- und Steuerpolitik.

Von Luca Urgese

Unsere Demokratie ist etwas Einzigartiges: Bürgerinnen und Bürger können viermal im Jahr zu den verschiedensten Aspekten des Lebens ihre Meinung an der Abstimmungsurne zum Ausdruck bringen und so darüber mitentscheiden, in welche Richtung sich Land, Kanton und Gemeinde weiterentwickeln.

Solche Urnengänge waren, je nach Gegenstand der Abstimmung, schon immer hart umkämpft und wurden auch emotional geführt. Im Buch «Heute Abstimmung!» haben die Autoren David Hesse und Philipp Loser beispielhaft 30 Abstimmungen aufgelistet, die für die Geschichte der Schweiz besonders prägend waren und um die teilweise mit ziemlich harten Bandagen gestritten wurde.

Gemeinsame Faktengrundlage erodiert

So wie die Gesellschaft, haben sich natürlich auch Abstimmungskämpfe über die Jahre verändert. Drei Entwicklungen möchte ich an dieser Stelle hervorheben:

Internationalisierung: Der Medienkonsum hat sich, beeinflusst durch die sozialen Medien, internationalisiert. Unsere Wahrnehmung von politischen Diskussionen ist stärker als früher geprägt von immer hemmungsloser geführten amerikanischen Wahlkämpfen oder deutschem Koalitionsdauerstreit – in Echtzeit.

Dauerkampagnen: Die zyklischen Abstimmungskämpfe sind längst politischen Dauerkampagnen gewichen. Gerade die Polparteien haben diese professionalisiert und bespielen dauerempört laufend ihre wirtschaftskritischen Narrative.

Alternative Fakten: Früher war nicht alles besser. Schon immer wurde darüber gestritten, was wahr und was unwahr ist. Neu ist, auch hier amerikanisch geprägt, die Unverfrorenheit, mit der heutzutage Unwahrheiten ver-

breitet werden. Die Hemmschwelle ist, verstärkt durch Algorithmen sozialer Medien, die besonders umstrittene Aussagen begünstigen, deutlich gesunken.

Diese Entwicklungen verstärken einander und ändern unsere Wahrnehmung von Politik. Aus demokratischer Debatte wird Streit. Es bilden sich politische «Bubbles». Diese entfernen sich immer weiter voneinander. Die gemeinsame Faktengrundlage politischer Debatten erodiert.

«Es bilden sich politische «Bubbles».

Weniger Vertrauen in wirtschaftspolitische Anliegen erkennbar

Unter diesen Entwicklungen hat auch die Wirtschaft gelitten. Die laufend geschürte Empörung hat zu einem Vertrauensverlust geführt. Der grundsätzliche Goodwill gegenüber wirtschaftspolitischen Anliegen, verbunden mit der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Wirtschaft uns allen nützt, ist erschüttert.

Wie sollen wir diesen Entwicklungen entgegentreten? Um politische Mehrheiten für wirtschaftspolitische Anliegen zu gewinnen, braucht es aus meiner Sicht drei Dinge: Engagement, Leidenschaft und eine solide Faktenbasis.

Das persönliche Engagement all derjenigen, denen das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz am Herzen liegt, ist unabdingbar und kann nicht delegiert werden. Wer die liberale Marktwirtschaft verteidigen will, muss sich mit Leidenschaft in die politische Debatte stürzen, um die Menschen zu überzeugen.

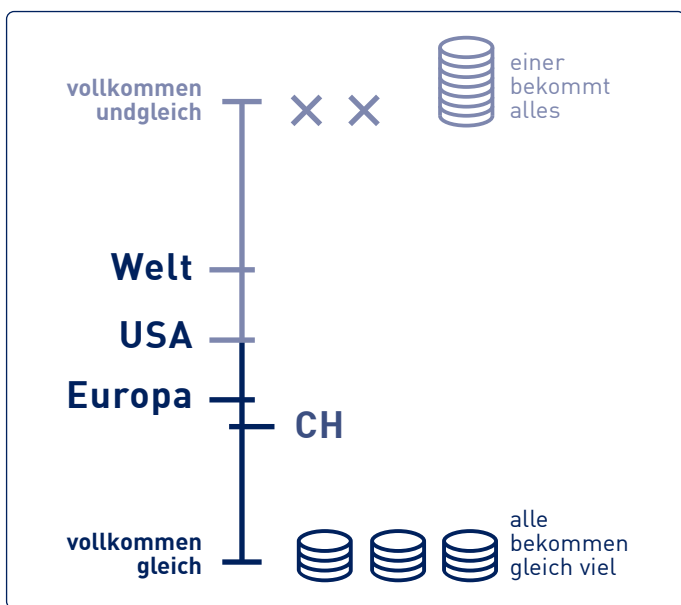
Finanzfakten schaffen Abhilfe

Und dann sind da noch die Fakten. Der Kampf um das bessere Argument reicht nicht mehr, es braucht auch den Kampf um die richtigen Fakten und deren Interpretation. Hier kommt unsere Themenkampagne Finanzfakten ins Spiel. Gebündelt zu fünf Bereichen haben wir fundiert recherchierte Fakten, Zahlen und Argumente zur Finanz- und Steuerpolitik zusammengetragen, um allen die Arbeit zu erleichtern, die in Gesprächen, Diskussionen und politischen Debatten für unser Wirtschaftsmodell eintreten wollen.

Bei der Arbeit für diese Kampagne sind wir auf interessante Erkenntnisse gestossen. Auf zwei davon möchte ich hier näher eingehen.

Werden die Reichen immer reicher?

Wenn Sie spontan die Frage beantworten müssten, wie sich die Verteilung der Einkommen in der Schweiz in den vergangenen Jahren entwickelt hat, wäre es nicht überraschend, wenn die Aussage «Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher» Ihre Gedanken kreuzen würde. Bloss: Die Aussage ist falsch, und zwar gleich doppelt.



Verteilung der Einkommen gemäss Gini-Index (2025)

Der Anteil der einkommensstärksten zehn Prozent am Gesamteinkommen ist seit vielen Jahren stabil bei ungefähr 30 Prozent (1990: 30,54 Prozent, 2023: 30,05 Prozent). Dies widerspiegelt sich auch im sogenannten Gini-Index. Dieser Index gibt die Verteilung der Einkommen in einem Land an. Im internationalen Vergleich weist die Schweiz eine vergleichsweise tiefe Einkommensungleichheit auf.

Gleichzeitig stieg das Einkommen der ärmsten Haushalte: Das verfügbare Einkommen der untersten zehn Prozent stieg in den vergangenen 15 Jahren um 12,5 Prozent – bei einer Teuerung von 6,8 Prozent im selben Zeitraum.

Zahlen Reiche zu wenig Steuern?

Ein weiteres Argument, dem wir in der politischen Auseinandersetzung häufig begegnen, ist die These, dass vermögende Personen einen zu geringen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten und demzufolge einer höheren Besteuerung unterliegen sollten. Deshalb haben wir nachgeschaut, wer bei uns wie viel Steuern bezahlt, und sind dabei zu einer bemerkenswerten Erkenntnis gekommen.

Ein kleiner Teil von drei Prozent der Privatpersonen und fünf Prozent der Unternehmen macht mit seinen Einkommens-, Vermögens- und Gewinnsteuern knapp 30 Prozent sämtlicher Einnahmen der beiden Kantone aus. Das entsprach im Jahr 2023 einem Betrag von 2,3 Milliarden Franken. Der Personalaufwand der beiden Basel belief sich im selben Jahr auf 2,16 Milliarden Franken (Basel-Stadt: 1,46 Mia., Basel-Landschaft: 699 Mio.).

Mit anderen Worten: Diese sehr kleine Gruppe von Personen und Unternehmen hat mit ihren Steuern die Löhne sämtlicher (!) Staatsangestellten der beiden Basel bezahlt. Zahlen diese also wirklich zu wenig Steuern?

Auf finanzfakten.hkbb.ch finden Sie weitere Zahlen und Erkenntnisse zur Finanz- und Steuerpolitik.



Luca Urgese, Handelskammer beider Basel

Urgese hat ein Studium der Rechtswissenschaften in Basel und Bern absolviert. Er ist stellvertretender Leiter Standort & Politik sowie Leiter Finanzen und Steuern bei der Handelskammer beider Basel. Seit 2014 ist er Grossrat der FDP Basel-Stadt.

«Ein Riesenplus für unsere Region sind die Fachkräfte»

Christof Klöpfer, CEO von Basel Area Business & Innovation ist davon überzeugt, dass es keine Region in Europa gibt, die im Life-Science-Bereich über einen besseren Arbeitsmarkt verfügt als Basel. Jedes neue Unternehmen finde hier genau die Leute, die es suche, sagt er.

Interview: Kurt Tschan

Herr Klöpfer, was wollen Investoren zuerst wissen, wenn sie sich bei Ihnen melden?

Viele dieser Unternehmen, die hier in der Region investieren wollen, stammen aus dem Ausland. Zuerst interessieren sie sich für das Branchenumfeld. Dann kommen weitere Standortfaktoren hinzu. Diese unterscheiden sich je nach Branche und nach den Funktionen, die das Unternehmen in der Region ansiedeln will, erheblich. Wer einen Standort für eine Entwicklungsabteilung sucht, benötigt Talente, also die richtigen Köpfe, die sich dafür eignen. Wer Forschung betreiben will, ist unter Umständen auf Laborflächen angewiesen. Firmen, die zentrale Funktionen zusammenbringen wollen, um etwa Medikamente in Europa auf den Markt zu bringen, haben ganz spezifische Anforderungen an das Profil der Mitarbeitenden. Bei ihnen spielen dann auch Steuerfragen eine wichtige Rolle, da Umsatzziele erreicht werden müssen. Investoren interessieren sich aber auch für die Erreichbarkeit eines Standorts. Man will wissen, wie lange man benötigt, um von A nach B zu gelangen.

Wie können Sie diesen unterschiedlichen Wünschen gerecht werden?

Wir sind breit aufgestellt, um die Bedürfnisse möglichst vieler Branchen zu verstehen. Auf spezifische Anliegen müssen wir die richtige Antwort finden. Wir müssen verstehen, was die Unternehmen wollen. Nicht für jedes Unternehmen ist Basel der beste Standort. In bestimmten Bereichen sind wir Weltklasse, in anderen schweizweit führend. Es gibt aber auch Bereiche, in denen wir nicht so stark sind wie andere Regionen. Deshalb fokussieren wir uns auf jene, in denen wir Weltklasse sind, wie in den Life Sciences, oder zumindest in der Super League spielen. Um bei diesem Bild aus dem Fussball zu bleiben: Wir

möchten eine realistische Chance haben, zu gewinnen, in unserem Fall bei den Investitions- und Standortentscheidungen von Firmen.

Kommen Sie sich gelegentlich wie auf einem Basar vor, wo viel um Steuervorteile gefeilscht wird?

Auf gar keinen Fall. Unsere Standortförderung agiert nicht wie auf dem Basar. Es gibt einen klaren Rahmen, der gesetzlich verankert ist. Natürlich gibt es kantonale Unterschiede, aber der Steuerwettbewerb in der Schweiz basiert auf klaren Regeln.

Sind auch die Steuersätze von natürlichen Personen ein Thema?

Das kommt vor. Grosse Unternehmen, die Mitarbeiter mitbringen, wollen für diese attraktiv sein. Da spielen Steuern schon eine Rolle. Diese müssen aber in Kontext gesetzt werden zu den Lebenshaltungskosten. Expats, die sich ein schönes, grosses Haus mit Pool wünschen, entscheiden sich dann manchmal eher für ein grosses Anwesen im Elsass. Die Grenzsituation hat für Basel als Standort viele Vorteile. Es gibt aber auch Unternehmer, die ihre Firma zwar nach Basel bringen, aus steuerlichen Gründen hingegen einen anderen Wohnsitz in der Schweiz wählen.

Basel Area Business & Innovation ist auch Geburtshelferin von Start-ups. Geht es auch hier um Steuer-Themen?

Häufig sind bei den Start-ups steuerliche Fragen noch nicht so zentral wie bei etablierten Firmen, die sich hier ansiedeln. Start-ups beschäftigen sich damit, wie sie ihr Produkt auf den Markt bringen können. Wenn überhaupt, geht es darum, zu Beginn keine Fehler zu machen, welche negative Steuerfolgen haben könnten. Ist das Start-up aber einmal etabliert, gewinnt das Thema Steuern an Bedeutung.

Die Stimmberechtigten von Basel-Stadt haben im Mai das Basler Standortpaket angenommen. Mit diesem können Unternehmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt gefördert werden. Spüren Sie bereits konkrete Auswirkungen?

Viele Unternehmen sind dabei zu verstehen, was dieser Entscheid für sie bedeutet. Der Zuschuss an die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ist für basel-städtische Firmen gewiss ein dickes Plus.

Welche Rolle können Tax Breaks, also Steuererleichterungen, spielen?

Im Ausland wird dieses Mittel häufig eingesetzt, bei uns eher zurückhaltend. Ich halte es für gut, wenn wir auf der Basis der regulären Steuersätze agieren. Damit sind wir bis jetzt gut gefahren. Mit einzelbetrieblichen Steueranreizen die Schwächen eines Standorts zu kompensieren, halte ich für gefährlich.

«Manchmal gewinnen wir, manchmal nicht.»

Was macht einen guten Standort aus?

Es ist ein ganzes Bündel von Faktoren. Ein Riesenplus für unsere Region sind die Fachkräfte. Es gibt keine Region in Europa, die im Life-Science-Bereich über einen besseren Arbeitsmarkt verfügt. Jedes neue Unternehmen findet hier genau die Leute, die es sucht. Für die Region Basel sprechen aber auch Faktoren wie Sicherheit und Lebensqualität. Wer nach Basel kommt, kann hier ein gutes Leben führen. Auch für Familien ist der Standort wegen der internationalen Schulen ideal. Hinzu kommt das ganze Lebensgefühl, das Basel bietet. Etwa mit dem Rhein, wo man baden kann. Das Klima hier ist sehr angenehm. Expats schätzen das.

Kommt es vor, dass Ansiedlungen aufgrund von Steuerfragen scheitern?

Das gibt es, weil Steuerfragen wichtig sein können. Manchmal gewinnen wir, manchmal nicht. Das ist das Geschäft.

Was ist für Fachkräfte wichtig, wenn sie in die Region Basel ziehen?

Mein Eindruck ist, dass viele von ihnen Basel zunächst nicht recht einordnen können. Sie wissen, dass globale Unternehmen wie Roche und Novartis hier ihren Hauptsitz haben. Sind sie erst einmal hier, reagieren die meisten sehr positiv. Im globalen Vergleich ist Basel zwar eine kleine

Stadt. Die Infrastruktur ist aber die einer Grossstadt. Das wird geschätzt. Es gibt Beispiele von Amerikanern, die nach Basel kamen und ein paar Jahre später einen anderen Job in Australien annahmen. Wiederum zwei Jahre später waren sie zurück in Basel, weil die Lebensqualität hier einfach höher ist.

Verfügt der regionale Arbeitsmarkt über genügend Fachkräfte?

Ja, dem ist so. Grosse Unternehmen haben aber auch die Möglichkeit, Menschen aus der ganzen Welt nach Basel zu bringen. Diese bleiben dann hier, wenngleich sie längst für eine kleinere Firma arbeiten. Entscheidend ist aber, dass weiterhin gute Fachkräfte ausgebildet werden, sei es im akademischen Bereich oder in der Berufsausbildung. Gerade diese Kombination ist ausschlaggebend. Mit Blick auf die Digitalisierung ist es zudem wichtig, dass die Ausbildung Schritt hält und die Fachkräfte der nächsten Generation für den Arbeitsmarkt fit macht.

Wird 2025 ein gutes Jahr für unsere Region?

Ich denke, es wird für alle Schweizer Kantone ein eher schwieriges Jahr. Die globale Situation führt in vielen Bereichen dazu, dass deutlich mehr Unsicherheit herrscht. Unsicherheit ist Gift für Investitionen. Aktuell müssen Start-up-Unternehmer bei Investoren besonders viel Überzeugungsarbeit leisten. Auch international tätige Firmen überlegen sich ihre Investitionsentscheide vermehrt. Die Anfragen, die wir erhalten, bewegen sich zwar in allen Bereichen auf einem hohen Niveau. Jemanden davon zu überzeugen, jetzt in der Schweiz zu investieren, ist aber im derzeitigen Umfeld schwieriger geworden.



Dr. Christof Klöpfer, CEO von Basel Area Business & Innovation

Klöpfer leitet Basel Area Business & Innovation seit 2016. Zuvor war er Geschäftsführer von i-net, leitete die Standortförderung Industrie und Technologie im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt in Basel und war Geschäftsführer und Verwaltungsrat der Technologiepark Basel AG.

So werben Firmen um Fachkräfte

Bernhard Stalder, Ricola

Head of Employer Branding
& Talent Acquisition



Der Arbeitsmarkt ist insbesondere im Bereich hochspezialisierter Fachprofile stark umkämpft. Für ein Unternehmen wie Ricola bedeutet dies, dass wir aktiv und gezielt um Talente werben müssen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Ein zentrales Element unserer Strategie ist die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber. Dabei betonen wir Werte wie Unternehmergeist, Innovationskraft und unsere tiefe Verwurzelung in der Schweiz. Als mittelständisches Unternehmen profitieren wir zudem von der Strahlkraft unserer

weltbekannten Marke, die es uns ermöglicht, im Wettbewerb mit global agierenden Konzernen sichtbar und attraktiv aufzutreten.

Unser Hauptsitz in Laufen liegt ausserhalb der grossen Schweizer Metropolen. Dies stellt in der Rekrutierung bestimmter Fachkräfte zwar eine Herausforderung dar, eröffnet jedoch gleichzeitig klare Standortvorteile: eine hohe Lebensqualität, unmittelbare Nähe zur Natur sowie die Anbindung an die dynamische Wirtschaftsregion Basel. Für viele Mitarbeitende ist genau diese Kombination ein entscheidender Faktor bei der Wahl ihres Arbeitgebers.

Neben wettbewerbsfähigen Arbeitsbedingungen wie moderner Infrastruktur und umfangreichen Weiterbildungsangeboten bieten wir eine flexible Homeoffice-Policy. Diese ermöglicht es insbesondere Mitarbeitenden mit längeren Pendelwegen, die Vorzüge unseres ländlichen Standorts mit der Mobilität des urbanen Raums zu verbinden. Nicht zuletzt entscheiden sich viele Mitarbeitende bewusst für Ricola, weil sie sich mit unseren Produkten sowie unserer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Unternehmensphilosophie identifizieren.

Tom Van Oudenhove, Sandoz

Head People
& Organization Switzerland



Sandoz ist der weltweit führende Anbieter von Generika und Biosimilars. In der Schweiz sind wir mit dem globalen Hauptsitz in Basel und der lokalen Vertriebsorganisation in Rotkreuz präsent. Wir suchen nach lokalen und internationalen Talenten, die unsere Unternehmenskultur und ethischen Grundsätze teilen. Sie sollen über exzellente unternehmerische, medizinische und fachspezifische Kompetenzen, aber auch über ausgeprägte Umsetzungstärke verfügen.

Die Schweiz, insbesondere Basel, gilt als attraktiver Standort für Stellensuchende mit pharmazeutischem

Hintergrund. Aus diesem Talentpool erreichen uns zahlreiche interessante Bewerbungen. Unser Börsengang vor zwei Jahren hat das Interesse zusätzlich verstärkt. Wir befinden uns in einer Phase – mit vielfältigen Möglichkeiten zur individuellen beruflichen Weiterentwicklung.

Ausländische Kandidatinnen und Kandidaten beschäftigen vor allem die Lebenshaltungskosten, die jedoch durch eine hohe Lebensqualität und ein entsprechendes Lohnniveau ausgeglichen werden. Informationen über Aufenthaltsbewilligungen, Gesundheitswesen, Schulbildung, Sozialversicherung und Rentensystem sind ihnen ebenfalls wichtig. In der Einarbeitungsphase adressiert Sandoz diese Themen, die durch nützliche Angebote von Gemeinden und Kantonen ergänzt werden.

Das Verfahren, um Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen zu erhalten, ist effizient. Es gibt klare Regeln in den Steuerabkommen mit den EU-/EFTA-Staaten. Eine Verschärfung dieser Bedingungen wäre ungünstig, da sie zusätzlichen Aufwand mit sich bringen und die Attraktivität des Standortes verringern könnten.

Juso-«Erbschaftssteuer»: Besteht Handlungsbedarf?

Die mögliche Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf grosse Vermögen verunsichert vermögende Personen, Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie stehen vor der Frage, ob sie im Vorfeld der Abstimmung vom 30. November 2025 Vorkehrungen treffen müssen.

Von Andrea Opel und Stefan Oesterhelt

Am 30. November 2025 wird die Schweiz über die von der Juso lancierte «Erbschaftssteuer» abstimmen. Vorgesehen ist eine bundesrechtliche Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf Vermögensteile, sofern der Nachlass (inkl. Vorempfänge) insgesamt 50 Millionen Franken überschreitet. Die Einnahmen sollen nach der Absicht der Initiantinnen und Initianten für sozial gerechte Klimaschutzmassnahmen und den ökologischen Umbau der Wirtschaft verwendet werden.

Annahme unwahrscheinlich

Der Bundesrat erwartet trotz hohem Steuersatz kaum Mehreinnahmen, da der überwiegende Teil der Betroffenen im Fall der Annahme der Initiative die Schweiz verlassen dürfte. Damit drohten Ausfälle insbesondere bei den kantonalen Vermögenssteuern, welche die Kantone und Gemeinden durch allgemeine Steuererhöhungen kompensieren müssten. Zusätzlich wären Standort- und Beschäftigungseffekte durch den Wegzug von Familienunternehmen zu erwarten. Auch die Philanthropie würde verlieren, weil selbst gemeinnützige Zuwendungen hälftig besteuert würden. Sogar eine Zuwendung an eine Umweltschutzorganisation wie Greenpeace würde der Erbschaftssteuer unterliegen.

Obwohl die Prognosen klar gegen eine Annahme sprechen – auf Bundesebene hat noch keine Juso-Initiative eine Mehrheit gefunden –, herrscht Verunsicherung. Viele potenziell Betroffene prüfen Vorkehrungen für den – unwahrscheinlichen – Fall der Annahme. Im Vordergrund stehen Schenkungen an Nachkommen und der Wegzug aus der Schweiz.

Schenkungen hätten vor dem 30. November 2025 zu erfolgen. Später könnte eine rückwirkende Erfassung im Rahmen der «Erbschaftssteuer» drohen, sofern der Schenkende im Schenkungszeitpunkt in der Schweiz wohnhaft wäre.

Nach geltendem Recht sind Schenkungen an direkte Nachkommen in fast allen Kantonen steuerfrei. Die Übertragung auf ausländische Trusts oder Stiftungen eignet sich demgegenüber meist nicht: Das Vermögen wird in der Regel weiterhin dem Übertragenden zugerechnet. Hat dieser seinen Wohnsitz zum Todeszeitpunkt in der Schweiz, fiele die neue Steuer an.

Wegzug auch später möglich

Ein Wegzug – auch nach dem Abstimmungstag – verhindert die Bundeserbschaftssteuer, sofern der Lebensmittelpunkt effektiv ins Ausland verlegt und dort ein nachhaltiger Wohnsitz begründet wird. Der Wegzug gilt nämlich nicht



Prof. Dr. Andrea Opel,
Universität Luzern

Opel ist seit 2016 Ordinaria für Steuerrecht an der Universität Luzern. Davor hielt sie eine Assistenzprofessur inne. Opel ist zudem Co-Chefredaktorin der Steuer Revue sowie Präsidentin der Trägerorganisation für die höhere Fachprüfung für Steuerexperten.



Stefan Oesterhelt,
Partner bei der Anwaltskanzlei Homburger AG

Oesterhelt ist seit 2012 Partner der Anwaltskanzlei Homburger AG, wo er Unternehmen und natürliche Personen im Gebiet des nationalen und internationalen Steuerrecht berät und vor den Gerichten vertritt. Zudem ist er Co-Chefredaktor der Steuer Revue und Lehrbeauftragter für Steuerrecht an der HSG St. Gallen.

als Massnahme zur Steuervermeidung, die den Bund dazu berechtigen würde, die Bundeserbschaftssteuer nachwirkend zu erheben. Problematisch ist lediglich eine enge zeitliche Kombination von Wegzug und Schenkung. Der Bundesrat hat diese Linie in seiner Botschaft ausdrücklich klargestellt. Alles andere wäre mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Ein vorsorglicher Wegzug vor dem 30. November 2025 ist nicht erforderlich.

Die Klarstellung des Bundesrates, dass die Schweiz kein fiskalisches Gefängnis für Vermögende wird, ist besonders wichtig, weil die Initiantinnen und Initianten ihm die Umsetzung der Initiative per Verordnung übertragen. Diese muss vom Bundesrat bis spätestens 30. November 2028 erlassen werden. Eine Genehmigung durch das Parlament ist dafür nicht erforderlich. Erst danach hätte das Parlament ein Bundesgesetz zu erlassen, das aber wiederum dem Referendum unterläge.

Unklare Situation für inländische Liegenschaften

Für direkt gehaltene Schweizer Liegenschaften hat sich der Bundesrat zur Behandlung nach Wegzug bis jetzt nicht abschliessend geäussert. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sie weiterhin der Steuer unterliegen. Unklar bleibt dies bei Werten unter 50 Millionen Franken. Dagegen sind Anteile an Gesellschaften mit Schweizer Immobilien nach Wegzug nicht mehr erbschaftsteuerpflichtig. Entscheidend ist somit, ob Schweizer Immobilien direkt oder indirekt gehalten werden.

Politische Stabilität gehört seit je zu den tragenden Standortfaktoren der Schweiz. Die von einigen Betroffenen geäusserte Sorge, die Juso-Initiative gefährde dieses Fundament, relativiert sich bei näherer Betrachtung: Anders als in Rechtsordnungen, in denen Regierungen die Spielregeln kurzfristig ändern können, entscheidet in der Schweiz regelmässig das Volk. Dadurch bleibt den Steuerpflichtigen ausreichend Zeit, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren und geeignete Massnahmen vorzubereiten.



FOTOS/GRAFIKEN S.8 www.CartoonStock.com

IMPRESSUM

TRIBUNE erscheint viermal jährlich **HERAUSGEBER** Handelskammer beider Basel (info@hkbb.ch), Advokatenkammer Basel, Basellandschaftlicher Anwaltsverband (maier@svwam.ch), grosszügig unterstützt von der Jubiläumstiftung La Roche & Co; St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4010 Basel, Telefon: +41 61 270 60 55, E-mail: info@hkbb.ch

REDAKTION: Roman Felix, Jasmin Fürstenberger, Alexander Schwab, Kurt Tschan **LAYOUT** Elmar Wozilka, Handelskammer beider Basel **DRUCK** Druckerei Dietrich, Basel  gedruckt in der Schweiz.

Tribune ist eine offizielle Publikation der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder. Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Für Nichtmitglieder kostet das Jahresabonnement CHF 20.–.